

P

Henry Kissinger

China

Zwischen Tradition
und Herausforderung

Aus dem amerikanischen Englisch
von Helmut Dierlamm,
Helmut Ettinger, Oliver Grasmück,
Norbert Juraschitz, Michael Müller

Pantheon

Die amerikanische Originalausgabe ist 2011 unter dem Titel
On China bei Penguin Press, New York, erschienen.

Für Annette und Oscar de la Renta



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier *Lux Cream*
liefert Stora Enso, Finnland.

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen der
Verlagsgruppe Random House GmbH

Erste Auflage
Pantheon-Ausgabe Oktober 2012

Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2011
by C. Bertelsmann Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München, nach einer Vorlage
von R·M·E Roland Eschlbeck und Rosemarie Kreuzer
Satz: seitenweise, Tübingen
Druck und Bindung: CPI Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-570-55191-2

www.pantheon-verlag.de

Inhalt

Vorwort zur Pantheon-Ausgabe ix

Vorwort 11

Prolog 15

KAPITEL 1: **Chinas Einzigartigkeit** 19

Die Ära der chinesischen Vorrangstellung · 21 · Konfuzianismus · 26 ·
Konzepte internationaler Beziehungen: Unparteilichkeit oder Gleich-
heit? · 30 · Die chinesische Realpolitik und Sun Tzus *Kunst des Krieges* · 36

KAPITEL 2: **Die Kotau-Frage und der Opiumkrieg** 45

Die Macartney-Mission · 47 · Zusammenprall zweier Weltordnungen: der
Opiumkrieg · 57 · Qiyings Diplomatie: Die Barbaren besänftigen · 63

KAPITEL 3: **Von der Vormachtstellung zum Niedergang** 69

Wei Yuans Konzept: »Barbaren gegen Barbaren einsetzen« und ihre
Techniken erlernen · 73 · Die Erosion der Autorität: Aufruhr im Inland
und die Herausforderungen durch Übergriffe der Ausländer · 76 · Mit
dem Niedergang umgehen · 82 · Die Herausforderung durch Japan · 91 ·
Korea · 94 · Der Boxeraufstand und eine neue »Zeit der Streitenden
Reiche« · 101

KAPITEL 4: Maos permanente Revolution 107

Mao und die Große Harmonie · 108 · Mao und die internationalen Beziehungen: *Das Strategem der leeren Stadt*, chinesische Abschreckung und das Streben nach psychologischem Vorteil · 113 · Die permanente Revolution und das chinesische Volk · 121

KAPITEL 5: Dreiecksdiplomatie und Koreakrieg 129

Acheson und die Verlockung eines chinesischen Titoismus · 134 · Kim Il Song und der Ausbruch des Krieges · 137 · Das Eingreifen der USA: Widerstand gegen die Aggression · 143 · Die chinesische Reaktion: Erneutes Setzen auf Abschreckung · 147 · Die chinesisch-amerikanische Konfrontation · 157

KAPITEL 6: Konfrontation mit beiden Supermächten 163

Die erste Taiwankrise · 166 · Diplomatisches Intermezzo mit den Vereinigten Staaten · 172 · Mao, Chruschtschow und das chinesisch-sowjetische Zerwürfnis · 175 · Die zweite Taiwankrise · 185

KAPITEL 7: Ein Jahrzehnt der Krisen 195

Der Große Sprung · 195 · Der Grenzstreit im Himalaja und der chinesisch-indische Krieg von 1962 · 198 · Die Kulturrevolution · 206 · Würde eine Chance vertan? · 210

KAPITEL 8: Der Weg zur Versöhnung 215

Die chinesische Strategie · 216 · Die amerikanische Strategie · 225 · Erste Schritte – die Kämpfe am Ussuri · 228

**KAPITEL 9: Die Wiederaufnahme der Beziehungen:
Erste Begegnungen mit Mao und Zhou Enlai 249**

Zhou Enlai · 254 · Nixon in China: Die Begegnung mit Mao · 267 ·
Der Dialog zwischen Nixon und Zhou · 274 · Das Shanghaier Kom-
munique´ · 278 · Das Nachspiel · 284

KAPITEL 10: Das Quasibündnis: Gespräche mit Mao 287

Die »horizontale Linie«: Chinesische Ansätze von Eindämmungspolitik · 289 ·
Die Wirkung von Watergate · 303

KAPITEL 11: Das Ende der Mao-Ära 305

Die Nachfolgekrise · 305 · Der Sturz Zhou Enlais · 308 · Letzte Treffen mit
Mao: Die Schwalben und das nahende Gewitter · 314

KAPITEL 12: Der unverwüstliche Herr Deng 331

Dengs erste Rückkehr zur Macht · 332 · Der Tod von Führern: Hua
Guofeng · 337 · Dengs Aufstieg: »Reform und Öffnung« · 340

KAPITEL 13: »Den Tiger beim Schwanz packen« 351

Der Dritte Vietnamkrieg · 351 · Vietnam: Schrecken der Großmächte · 352 ·
Dengs Außenpolitik – Dialog mit Amerika und Normalisierung · 360 ·
Dengs Reisen · 367 · Dengs Besuch in Amerika und die neue Definition
der Allianz · 371 · Der chinesisch-vietnamesische Krieg · 378

KAPITEL 14: Reagan und der Beginn der Normalität 389

Waffenlieferungen an Taiwan und das Dritte Kommuniqué · 393 · China
und die Supermächte: Das neue Kräftegleichgewicht · 399 · Dengs
Reformprogramm · 408

KAPITEL 15: **Tiananmen** 419

Das Dilemma der USA · 422 · Die Kontroverse um Fang Lizhi · 438 · Die Erklärungen aus zwölf und aus vierundzwanzig Schriftzeichen · 447

KAPITEL 16: **Welche Reformen?** 451

Dengs Reise in den Süden · 451

KAPITEL 17: **Die Achterbahnfahrt zur neuen Versöhnung** 459

Die Ära Jiang Zemin · 459 · China und der Zerfall der Sowjetunion · 469 · Die Chinapolitik der Regierung Clinton · 475 · Die dritte Taiwankrise · 485 · Chinas Wiederaufstieg und Jiangs Gedanken · 492

KAPITEL 18: **Das neue Jahrtausend** 501

Unterschiedliche Sichtweisen · 507 · Definition der strategischen Chance · 511 · Die Debatte über das Schicksal Chinas – die triumphalistische Sicht · 517 · Dai Bingguo – neue Betonung des friedlichen Aufstiegs · 521

EPILOG: **Wiederholt sich die Geschichte?** 527

Das Crowe-Memorandum · 527 · Auf dem Weg zu einer Pazifischen Gemeinschaft? · 540

Anmerkungen 545**Register** 595

Vorwort zur Pantheon-Ausgabe

Am 19. Januar 2011 gaben Barack Obama und Hu Jintao zum Abschluss des Besuches des chinesischen Präsidenten in Washington eine gemeinsame Erklärung ab. Darin verkündeten sie, sich für »positive, kooperative und umfassende amerikanisch-chinesische Beziehungen« einzusetzen. Jede Seite versicherte der anderen Respekt für deren Kernanliegen: »Die Vereinigten Staaten bekräftigten, dass sie ein starkes, wohlhabendes und erfolgreiches China begrüßen, das eine größere Rolle in der Weltpolitik spielt. China hob die Rolle der USA als eines Staates des asiatisch-pazifischen Raumes hervor, der zu Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region beiträgt.«¹

Seitdem sind die beiden Regierungen daran gegangen, die erklärten Ziele zu realisieren. Amerikanische und chinesische Spitzenbeamte haben einander besucht und ihre Gespräche über wichtige strategische und wirtschaftliche Themen institutionalisiert. Die Kontakte zwischen den Militärs wurden wieder aufgenommen und damit ein wichtiger Kommunikationskanal eröffnet. Unterhalb der offiziellen Ebene sondierten so genannte *Track-II-Gruppen* mögliche Entwicklungsrichtungen der amerikanisch-chinesischen Beziehungen.

Mit der Zusammenarbeit haben jedoch auch die Kontroversen zugenommen. Bedeutende Gruppen in beiden Ländern sind der Meinung, dass zwischen den USA und China bereits ein Kampf um die Vorherrschaft im Gange ist. Die Turbulenzen in der Weltwirtschaft und im globalen Finanzsystem haben dem eine weitere Dimension hinzugefügt. Vor der Krise schien die Vorstellung, China könnte die Fähigkeit erlangen, die globale Vorrangstellung der USA in Frage zu stellen, ziemlich abwegig und weitgehend theoretisch. Da China – zumindest bislang – von den großen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise verschont geblieben ist, die USA und ihre westlichen Verbündeten dagegen für längere Zeit

zu einem Sparkurs gezwungen sind, wird die Überlegenheit Chinas häufig als unabwendbar oder bereits unmittelbar bevorstehend hingestellt.

Eine bedeutende Minderheit in China und den USA betrachtet heute den jeweils anderen als Gegner in einer schicksalhaften Konfrontation. Ein Teil des amerikanischen Mainstreams ist der Überzeugung, China ziehe Nutzen aus einem von den USA unterhaltenen internationalen System und pflege zugleich ein freundschaftliches oder zumindest unklares Verhältnis zu einer Reihe von Amerikas Gegnern. Dabei sei es bestrebt, die Regeln dieses Systems zu seinem eigenen Nutzen auszulegen. Aus dieser Sicht klingen Aufrufe zur Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten unzeitgemäß, ja geradezu naiv.

Die wechselseitigen Schuldzuweisungen gehen auf gegensätzliche, zugleich aber auch parallele Analysen in beiden Ländern zurück. Einige strategische Denker in den USA argumentieren, die chinesische Politik verfolge zwei langfristige Ziele: erstens, die USA als die beherrschende Macht im Westpazifik abzulösen, und, zweitens, Asien zu einem abgeschlossenen, den wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen Chinas dienenden Block zu entwickeln. Aus dieser Sicht mag Chinas militärisches Potenzial nach absoluten Zahlen dem der USA formal noch nicht ebenbürtig sein. Dem Land wird aber bereits die Fähigkeit zugeschrieben, in einem nuklearen Konflikt ein unannehmbares Risiko darzustellen und zunehmend die Mittel zu entwickeln, um den USA eine traditionelle Überlegenheit in anderen Bereichen, vor allem beim »asymmetrischen Krieg« (u. a. im Cyberspace und im Weltraum), streitig zu machen. Derartige Befürchtungen liegen dem Bericht zur US-Verteidigungsstrategie vom Januar 2012 zugrunde, wenn dies auch nicht explizit ausgesprochen wird.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass kein chinesischer Regierungsbeamter bislang eine derartige Strategie auch nur in Ansätzen als Chinas derzeitige Politik verkündet hat. Offiziell betont man das Gegenteil. Jedoch die offiziöse Presse und die Forschungsinstitute des Landes bieten genügend Material für die Annahme, dass man auch dort das chinesisch-amerikanische Verhältnis eher auf Konfrontation als auf Kooperation zusteuern sieht.

Die strategischen Befürchtungen in den USA werden durch eine vorhandene ideologische Neigung verstärkt, sich mit der gesamten nichtdemokratischen Welt anzulegen. Danach werden autoritäre Regime generell

als brüchig angesehen, dazu gezwungen, durch nationalistische, expansionistische Worte und Taten beim eigenen Volk um Unterstützung zu werben. Nach derartigen Theorien, die man in verschiedenen Varianten bei Teilen der amerikanischen Linken und Rechten finden kann, ergeben sich die Spannungen und Konflikte mit China aus der inneren Struktur des Landes. Der Weltfrieden, so meinen die Verfechter solcher Auffassungen, werde durch den globalen Triumph der Demokratie und nicht durch Appelle zur Zusammenarbeit geschaffen. Für sie riechen Bemühungen um Versöhnung stark nach Beschwichtigungspolitik. Wenn sich die USA für die Verbreitung der Demokratie einsetzen, falls erforderlich, auch mit Druck, dann stärken sie nicht nur ihre eigene Sicherheit, sondern auch den Frieden in der Welt. Damit setzen sie sich nicht so sehr für ihre eigene Vorrangstellung ein, sondern verhelfen dem unausweichlichen Gang der Geschichte zum Durchbruch, meinen diese Kräfte. So schreibt der Politologe Aron Friedberg, dass »ein liberales, demokratisches China von einem demokratischen Gegenüber wenig zu befürchten hat und erst recht keine Gewalt anwenden muss«. Daher »besteht das letztliche Ziel der amerikanischen Strategie jenseits aller diplomatischen Artigkeiten darin, eine Revolution voranzutreiben, wenn auch mit friedlichen Mitteln, die den autoritären Einparteiensstaat in China hinwegfegt und durch eine liberale Demokratie ersetzt.«²

Die Umsetzung dieses Konzepts hieße, dass die USA gegenüber jedem Staat, den sie als nicht demokratisch betrachten, eine Politik laienter Feindschaft betreiben müssten. So gesehen, steuert das amerikanisch-chinesische Verhältnis entweder auf eine Konfrontation oder einen Umsturz in China zu. Bis es dazu kommt, sollte die Chinapolitik im Wesentlichen präemptiven Charakter tragen. Statt eine vermeintliche künftige Herausforderung durch China abzuwarten, sollten entlang seiner Grenzen selbstständige Machtzentren geschaffen und zugleich gewisse »Verkehrsregeln« durchgesetzt werden.

Konfrontative Überlegungen auf der chinesischen Seite folgen einer umgekehrten Logik. Dort sehen Hardliner die USA als eine verwundete Supermacht, entschlossen, den Aufstieg jeglicher Herausforderer zu vereiteln, unter denen der wahrscheinlichste China ist. Wie sehr China auch nach Zusammenarbeit streben möge, so argumentieren sie, das unverrückbare Ziel der USA bestehe darin, das stärker werdende China durch die Truppenstationierung und vertragliche Bindungen einzudämmen

und so daran zu hindern, seine historische Rolle als Reich der Mitte zu spielen. Daher sei jede langfristig orientierte Zusammenarbeit mit den USA kontraproduktiv, weil sie nur dem Hauptziel der USA diene, China zu neutralisieren.³ Selbst kulturellen und technologischen Einflüssen der USA wird gelegentlich inhärente Feindseligkeit zugeschrieben. Man sieht sie als bewusst eingesetzte Mittel an, um den inneren Zusammenhalt und die traditionellen Werte Chinas zu untergraben. In den forschesten Äußerungen dieser Art heißt es, China sei gegenüber feindlichen Angriffen zu passiv und sollte beispielsweise bei den territorialen Streitigkeiten im Südchinesischen Meer gegenüber den betroffenen Nachbarstaaten »vernünftig argumentieren, aber auch vorausdenken und zuschlagen, bevor die Dinge aus dem Ruder laufen ... , Militäraktionen geringen Umfangs durchführen, um die Provokateure von weiteren Schritten abzuhalten.«⁴ Diese Strategie hat China in den Auseinandersetzungen mit Indien und Vietnam sowie im Koreakrieg angewandt.

Ist Kampf unvermeidlich?

Haben unter diesen Umständen das Streben nach kooperativen amerikanisch-chinesischen Beziehungen und einer entsprechenden Politik überhaupt einen Sinn?

Politische Analyse kann sich nicht darauf beschränken, historische Analogien mechanisch anzuwenden, sondern ist verpflichtet, auch präzedenzlose Elemente des gegenwärtigen Geschehens ins Kalkül zu ziehen. Selbstverständlich führt der Aufstieg neuer Mächte häufig zu Konflikten mit den bereits etablierten. Aber die Bedingungen haben sich geändert. Die Kosten eines Krieges zwischen Großmächten übersteigen heute alle zu erwartenden Vorteile. Die politischen Führer, die 1914 so unbekümmert in den Ersten Weltkrieg zogen, hätten wohl kaum so gehandelt, wäre ihnen bekannt gewesen, wie die Welt an dessen Ende aussehen würde. Heute können sich internationale Spitzenpolitiker keine derartigen Illusionen mehr leisten. Ein großer Krieg zwischen entwickelten Staaten mit Atomwaffen zöge Opfer und Umwälzungen nach sich, die zu berechenbaren Zielen in keinem Verhältnis stünden. Präventives Handeln wäre nahezu unmöglich, besonders für eine pluralistische Demokratie wie die Vereinigten Staaten.

Sollte man sie herausfordern, dann werden die USA alles für den Erhalt ihrer Sicherheit Notwendige tun. Aber Konfrontation sollten sie auf keinen Fall bewusst zu ihrer Strategie wählen. In China hätten sie einen Gegner vor sich, der über Jahrhunderte gelernt hat, Dauerkonflikte als strategisches Mittel zu benutzen, und dessen Doktrin auf die psychische Zermürbung des Gegners setzt. Sollte es tatsächlich zu einem Konflikt kommen, dann sind beide Seiten fähig und erfindungsreich genug, um einander katastrophale Schäden zuzufügen. Bis ein solcher hypothetischer Großbrand gelöscht wäre, befänden sich alle Beteiligten wohl am Ende ihrer Kräfte. Und sie stünden immer noch vor der Aufgabe, die sie heute haben: eine internationale Ordnung aufzubauen, in der beide Länder einen bedeutenden Platz einnehmen.

Das aus der Strategie des Kalten Krieges entlehnte Modell der Eindämmung, das beide Seiten gegen die Expansion der Sowjetunion angewandt haben, passt nicht auf die heutigen Bedingungen. Die Sowjetunion war, von der Rüstungsindustrie abgesehen, ökonomisch schwach und ohne Einfluss auf die Weltwirtschaft. Nachdem China die Kontakte abgebrochen und die sowjetischen Berater ausgewiesen hatte, pflegten nur wenige Länder außer jenen, die die Sowjetunion in ihre Einflussphäre gezwungen hatte, mit Moskau umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen. Das heutige China dagegen ist ein dynamisches Element in der Weltwirtschaft. Es stellt für fast alle seine Nachbarn und die meisten Industriestaaten des Westens, darunter die USA, einen Haupthandelspartner dar. Das müssen alle Länder bei ihrem Verhalten bedenken, gerade auch im Hinblick auf einen hypothetischen Konflikt. Eine anhaltende Konfrontation zwischen China und den USA würde die Weltwirtschaft verändern – mit Besorgnis erregenden Folgen für alle.

Auch China kann die im Konflikt mit der Sowjetunion verfolgte Strategie nicht auf eine Konfrontation mit den USA anwenden. Die wenigsten Staaten, und bestimmt kein asiatischer, würden eine Präsenz der USA in Asien als »Finger« ansehen, die »abgeschlagen werden« müssten (wie es Deng Xiaoping einst drastisch über die vorgeschobenen Positionen der Sowjetunion äußerte – mit Zustimmung von US-Administrationen beider Parteien). Selbst die bündnisfreien asiatischen Staaten suchen sich der politischen Präsenz der USA in der Region und amerikanischer Truppen in den angrenzenden Seegebieten als Garantie einer Welt zu versichern, an die sie sich gewöhnt haben. Diese Haltung hat ein hoher

indonesischer Vertreter gegenüber einem amerikanischen Partner in die Worte gefasst: »Lassen Sie uns nicht im Stich, aber stellen Sie uns auch nicht vor eine Wahl.«

Dass China gegenwärtig sein Militärpotenzial aufstockt, ist an sich nichts Besonderes. Ungewöhnlicher wäre es, wenn die zweitgrößte Wirtschaftsmacht und der größte Rohstoffimporteur der Welt seine ökonomische Stärke nicht auch durch gewisse militärische Fähigkeiten ergänzen würde. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung nach vorn offen ist und welchen Zielen sie dient. Wenn die USA jeden Fortschritt beim Militärpotenzial Chinas als feindseligen Akt behandeln, dann werden sie bald wegen unverständlicher Berechnungen in endlose Dispute verwickelt sein. Aber China sollte aus eigener geschichtlicher Erfahrung ein Gespür für den schmalen Grat zwischen defensiven und offensiven Fähigkeiten sowie für die Folgen der Entfesselung eines hemmungslosen Wettrüstens haben.

Es versteht sich von selbst, dass die Vereinigten Staaten wie so oft in ihrer Geschichte auf jede Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit mit den Maßnahmen reagieren werden, die sie für deren Überwindung als notwendig erachten. Diese setzen eine klare Definition der nationalen Interessen und der nationalen Sicherheit voraus, dazu den Willen, für diese einzustehen. Doch die USA müssen sich vor sinnloser Konfrontation um Ziele hüten, die entweder ihre Möglichkeiten übersteigen oder auf anderem Wege besser zu erreichen sind. Wir müssen darauf achten, in der Chinapolitik nicht in die Art von Konflikten wie mit Vietnam, Irak oder Afghanistan zu geraten, auf die wir uns mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit und weit gefassten Zielen eingelassen haben, die wir aber beenden mussten, als der politische Prozess in den USA eine Ausstiegsstrategie erzwang, welche ein Aufgeben, wenn nicht gar die völlige Umkehrung der erklärten Ziele bedeutete. Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass es möglich wäre, eine von Haushaltszwängen bestimmte Verteidigungspolitik mit einer Diplomatie unbegrenzter ideologischer Ziele zu verbinden.

Die Führer Chinas werden ihre eigenen gewichtigen Gründe haben, Forderungen im Lande nach einer Politik der Feindschaft zurückzuweisen, was sie bereits öffentlich tun.⁵ In der Geschichte vollzog sich die Expansion des chinesischen Reiches eher durch Osmose als durch Eroberung oder durch den Übertritt von Eroberern zur chinesischen

Kultur, die ihre Gebiete daraufhin an China anschlossen. Asien militärisch beherrschen zu wollen, wäre ein gigantisches Unterfangen. Im Kalten Krieg grenzte die Sowjetunion an eine Kette schwacher Staaten, die durch Krieg und Besatzung ausgelaugt waren und deren Verteidigung von der Stationierung amerikanischer Truppen abhing. China ist heute mit Russland im Norden, den amerikanischen Verbündeten Japan und Südkorea im Osten, Vietnam und Indien im Süden sowie Indonesien und Malaysia in unmittelbarer Nähe konfrontiert. Diese Konstellation ermuntert nicht gerade zu Eroberungen. Eher weckt sie Einkreisungängste. Die meisten dieser Staaten haben eine lange militärische Tradition und können beträchtliche Hindernisse darstellen, wenn sie ihre Gebiete oder ihre unabhängige Politik gefährdet sehen. Eine militante chinesische Außenpolitik würde sie alle, zumindest aber mehrere zu einem engen Zusammenwirken bewegen und damit bei China erneut den historischen Alptraum der Jahre 2009/2010 heraufbeschwören.

Ein weiterer Grund für eine zumindest mittelfristige Zurückhaltung seitens der Chinesen sind die innenpolitischen Anpassungserfordernisse, vor denen China steht. Die Kluft in der chinesischen Gesellschaft zwischen den weitgehend entwickelten Küstengebieten und den zurückgebliebenen Regionen im Westen des Landes, die durch die Abwanderung von zig Millionen Menschen vom Land in die Städte einerseits abgemildert, andererseits aber auch verkompliziert wird, lässt Hu Jintaos Ziel einer »harmonischen Gesellschaft« schlüssig und zugleich schwer erreichbar erscheinen. Kulturelle Veränderungen komplizieren die Sache weiter. Welche Auswirkungen die Ein-Kind-Politik für die chinesische Gesellschaft hat, wird sich in den kommenden Jahrzehnten zum ersten Mal in vollem Umfang zeigen. Die Entscheidung, jeder chinesischen Familie nur ein einziges Kind zuzugestehen, wurde zu einer Zeit gefällt, da das Land sich darauf konzentrierte, einer explosionsartig wachsenden Bevölkerung ein Minimum an materiellem Wohlstand zu sichern. Diese Politik muss die kulturellen Verhaltensmuster in einer Gesellschaft verändern, in der Alte und Behinderte stets von der Großfamilie versorgt wurden. Wenn vier Großeltern um die Aufmerksamkeit eines Enkelkinds buhlen und all ihre Hoffnungen, die sich früher auf viele Nachkommen verteilten, auf dieses konzentrieren, dann kann es zu einer neuen Art gesteigerter und vielleicht unerfüllbarer Leistungserwartungen kommen.

Alle diese Elemente komplizieren die Anforderungen an den 2012 in China bevorstehenden Führungswechsel weiter. Bei diesem Vorgang, den Deng Xiaoping dem Land als Erbe hinterlassen hat, werden die Positionen des Präsidenten, des Vizepräsidenten, einer großen Zahl der Mitglieder des Politbüros, des Staatsrates (der Regierung) und der Zentralen Militärkommission sowie Tausende weitere Posten in Zentrale und Provinzen neu besetzt.⁶ Die neue Führungscrew wird zu einem großen Teil aus Vertretern einer Generation bestehen, die zum ersten Mal seit eineinhalb Jahrhunderten nur in Friedenszeiten gelebt hat. Sie stehen vor der komplexen Aufgabe, die Weltsicht der Teilnehmer der Kulturrevolution und der Kinder des Computerzeitalters zusammenzubringen. Ihre wichtigste Herausforderung wird darin bestehen, mit einer Gesellschaft umzugehen, die gerade eine revolutionäre Umwälzung durch stark veränderte wirtschaftliche Verhältnisse, einen beispiellosen Vormarsch der Kommunikationstechnologien, eine schwächelnde globale Wirtschaft und die Migration Hunderter Millionen Menschen vom Land in die Städte, eine der größten in der Menschheitsgeschichte, erlebt. Diese elementaren Kräfte werden wahrscheinlich ein Herrschaftsmodell hervorbringen, das eine Synthese aus modernen Ideen sowie traditionellen chinesischen politischen und kulturellen Vorstellungen darstellt. Die Suche nach dieser Synthese beherrscht die dramatische Evolution, die China gegenwärtig durchläuft.

Alle diese sozialen und politischen Transformationsprozesse werden in den USA mit Interesse und Hoffnung verfolgt. Ich bin der Meinung, dass ein direktes amerikanisches Eingreifen weder klug noch produktiv wäre. Natürlich müssen die USA ihre Sicht auf Menschenrechtsfragen und besondere Fälle auch weiterhin kundtun. Und in der Tagespolitik werden sie stets erkennen lassen, dass sie für demokratische Prinzipien eintreten. Aber ein konkretes Projekt zur Umgestaltung von Chinas Institutionen durch diplomatischen Druck und Wirtschaftssanktionen würde wahrscheinlich das Gegenteil bewirken und gerade jene Gruppen zurückstoßen oder isolieren, die wir unterstützen wollen. Eine beträchtliche Mehrheit in China würde das durch die Brille eines Nationalismus bewerten, der sich aus früheren Phasen ausländischer Einmischung speist. Außerdem kann man gar nicht sicher sein, dass ein Mehrparteiensystem die chinesische Außenpolitik wesentlich verändern würde. Chinas grundlegende Ziele in der internationalen Politik werden offenbar weit mehr von einer histori-

schen Sicht auf die nationalen Interessen des Landes geprägt als von den besonderen Zügen seines politischen Systems. Das heißt nicht, dass man Amerikas Werte aufgeben muss, wohl aber zwischen Realisierbarem und Visionärem unterscheiden sollte.

Das chinesisch-amerikanische Verhältnis ist nicht als Nullsummenspiel und die Entwicklung eines wohlhabenden, starken Chinas per se nicht als eine strategische Niederlage Amerikas zu betrachten. Im Grunde geht es darum, dass zwei große Gesellschaften verpflichtet sind, in einer Atmosphäre des Drucks und der Umwälzungen miteinander umzugehen, wie sie keine vorangegangene Generation erlebt hat, schon gar nicht in derart globalen Dimensionen.

Eine Konfrontation bedeutet gewaltige Risiken für beide Seiten. Beide haben sich auf komplexe innere Anpassungsprozesse zu konzentrieren. Aber keine kann es sich leisten, sich allein auf die innere Entwicklung zu beschränken, so wichtig diese auch sein mag. Moderne Wirtschaft, Technologie und Massenvernichtungswaffen erfordern vorausschauendes Handeln. Die Geschichte und die Wirtschaft beider Länder zwingen sie zusammenzuwirken. Die Frage ist, ob sie dies als Gegner oder im Rahmen einer potenziellen Kooperation tun.

Eine seriöse Analyse bringt unweigerlich die Erkenntnis, dass kooperatives Handeln dazu führt, die Vorbehalte auf beiden Seiten zu hinterfragen. Die USA haben noch nicht oft die Erfahrung gemacht, mit einem Land von vergleichbarer Größe, ähnlichem Selbstbewusstsein, wirtschaftlichen Erfolgen und internationalem Rang, zugleich aber einem so andersartigen kulturellen und politischen System umgehen zu müssen, wie das bei China der Fall ist. Es ist für Amerika eine ziemlich neue Herausforderung, zwischen unumgänglicher Evolution und bewusstem Vormachtstreben Chinas zu unterscheiden. Die absoluten Sicherheiten eines missionarischen Bekehrungseifers können auf lange Sicht die Entwicklung einer Strategie in Gefahr bringen, die ihre Ziele durch Nuancen und Anpassung erreichen will.

Auch China findet in seiner Geschichte keine Präzedenzfälle vor, wie es sich gegenüber den USA verhalten soll, einer gleichrangigen Großmacht mit ständiger Präsenz in Asien, mit einer Vision universeller Ideale, die chinesischen Konzepten nicht entsprechen, und mit Bündnissen mit mehreren von Chinas Nachbarstaaten. Bevor die USA auftauchten, schafften sich in der chinesischen Geschichte Staaten eine solche Stellung stets als

Voraussetzung für den Versuch, China zu beherrschen. Wie Washington steht auch Beijing vor der neuartigen konzeptionellen Herausforderung, seine Fähigkeiten und Absichten ausbalancieren zu müssen.

Das einfachste strategische Vorgehen besteht darin, potenzielle Gegner mit überlegenen materiellen und anderen Ressourcen zu dominieren. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich das für die Vereinigten Staaten als plausibler Ansatz dar. Das lag aber vor allem daran, dass der Krieg nahezu alle anderen Machtzentren zerstört hatte. In der heutigen Welt ist ein solches Vorgehen weder für die USA noch für China vorstellbar.

Jede Seite bleibt für die andere auf Dauer eine Realität. Keine kann in Sicherheitsfragen gänzlich auf die andere vertrauen. Das tut keine Großmacht aus freiem Willen. Jede wird weiter ihre eigenen Interessen verfolgen, und das zuweilen in gewissem Maße auf Kosten der anderen. Aber beide stehen in der Verantwortung zu bedenken, von welchen Alpträumen die jeweils andere geplagt wird. Beide sind gut beraten anzuerkennen, dass ihre Rhetorik ebenso wie ihre praktische Politik gelegentlich, vielleicht unbeabsichtigt, das Misstrauen der anderen schürt.

Chinas größte strategische Sorge läuft darauf hinaus, dass eine äußere Macht oder Mächte in seinem Umfeld Militär stationieren könnten, das in der Lage wäre, sein Staatsgebiet oder seine Institutionen anzugreifen. Wenn es eine solche Bedrohung zu erkennen glaubte, ist China, statt das Ergebnis der Entwicklung abzuwarten, stets in den Krieg gezogen – 1950 in Korea, 1962 gegen Indien, 1969 an seiner Nordgrenze zur Sowjetunion und 1979 gegen Vietnam.

Amerikas Ängste, die zuweilen nur indirekt zum Ausdruck gebracht werden, laufen darauf hinaus, von einem geschlossenen Block aus Asien vertrieben zu werden. Auch um eine derartige Entwicklung zu unterbinden, hat Amerika einen Weltkrieg gegen Deutschland und Japan geführt und unter Administrationen beider politischer Parteien im Rahmen der Diplomatie des Kalten Krieges einige seiner energischsten Schritte gegen die Sowjetunion unternommen. In beiden Fällen waren wesentliche gemeinsame Anstrengungen Chinas und Amerikas gegen eine gefühlte Weltherrschaftsdrohung gerichtet. Das ist der Grund, weshalb die von der Obama-Administration Ende 2011 verkündete Hinwendung zu Asien die Frage provozierte, ob das nationale Interesse der USA an Europa zugunsten Asiens nachgelassen habe. Aber das globale Gleichgewicht dul-

det kein Vakuum. Die Strategie der USA muss weiterhin global angelegt sein. Der Schwenk nach Asien sollte nicht als die Entdeckung eines neuen nationalen Interesses gesehen werden, sondern als die Anpassung eines tief verwurzelten traditionellen Prinzips an neue Wirkungsbedingungen: des Prinzips, dass Amerika sowohl ein pazifischer als auch ein atlantischer Staat ist.

Die höchsten Repräsentanten der USA und Chinas haben ihre feste Absicht zum Ausdruck gebracht, dass beide Länder in einer offenen, nicht ausgrenzenden asiatisch-pazifischen Region koexistieren und lebenswichtige Interessen des jeweils anderen respektieren wollen. Darin stimmen sie mit anderen asiatischen Staaten überein, von denen viele selbst bedeutende Mächte sind. Diese bestehen darauf, ihr Potenzial für die eigenen nationalen Ziele und nicht als Teil der Rivalität anderer Mächte entwickeln zu können. Sie sehen sich weder als Elemente einer amerikanischen Eindämmungspolitik noch einer wiedererstandenen Tributspflicht gegenüber China. Sie streben gute Beziehungen zu China und den USA an und widersetzen sich dem Druck, sich für eine der beiden Mächte »entscheiden« zu müssen.

Wird es möglich sein, dass die USA ihre Furcht vor einer chinesischen Vorherrschaft und China seinen Alptraum von einer militärischen Einkreisung gemeinsam überwinden? Kann ein Raum gefunden werden, in dem beide Seiten ihre Sicherheitsziele erreichen, ohne ihre Strategien zu militarisieren? Sind sie in der Lage, ihren Wettstreit vorwiegend im politischen oder wirtschaftlichen Bereich auszutragen? Wo liegt für große Staaten mit globalen Fähigkeiten und unterschiedlichen, teilweise sogar gegensätzlichen Zielen die Grenze zwischen Konflikt und Zurückhaltung, und wie können deren Imperative unter dem unvermeidlichen Druck der Ereignisse kommuniziert werden?

Dass China großen Einfluss auf die Regionen in seiner Nachbarschaft ausübt, ist durch Geografie, Werte und Geschichte bedingt. Die Grenzen dieses Einflusses bestimmen allerdings die Umstände und politische Beschlüsse. Hier entscheiden Nuancen darüber, ob aus natürlichem Einflussstreben der Drang wird, andere Gesellschaften zu negieren oder auszuschließen.

Fast zwei Generationen lang haben die USA in ihrer Strategie auf lokale und regionale Verteidigung durch amerikanische Bodentruppen gesetzt, vor allem um die katastrophalen Folgen eines großen Atomkrieges zu

vermeiden. Seitdem haben der Kongress und die Öffentlichkeit ein Ende derartiger Verpflichtungen in Vietnam, Irak und Afghanistan erzwungen. Heute setzen die fiskalischen Gegebenheiten einer derartigen Strategie weitere Grenzen. Daher hat sich die amerikanische Strategie von der territorialen Verteidigung darauf umgestellt, potenziellen Aggressoren mit unannehmbaren Risiken zu drohen, und dies nicht unbedingt an einem konkreten geografischen Ort. Dies erfordert Kräfte, die zu einem schnellen Eingreifen überall auf dem Globus in der Lage sind, und keine Einkreisung Chinas durch Militärstützpunkte. Es bleibt abzuwarten, ob die Verteidigungspolitik unter den derzeitigen Haushaltszwängen auch nur ersteres Ziel erreichen kann.

So wie der chinesische Einfluss auf die Nachbarländer die Furcht vor Dominanzstreben wecken kann, so ist es auch möglich, dass die Verfolgung traditioneller amerikanischer nationaler Interessen als Form einer militärischen Einkreisung aufgefasst wird. Beide Seiten müssen die Nuancen erkennen, wann eine anscheinend traditionelle, »vernünftige« Politik bei der Gegenseite Anlass zu höchster Sorge geben kann. Sie müssen anerkennen, dass eine gewisse Konkurrenz unvermeidlich ist, aber in bestimmten Grenzen ablaufen muss. Sie sollten versuchen, gemeinsam das Terrain abzustecken, auf dem sie ihren friedlichen Wettstreit austragen wollen. Wenn dies auf kluge Weise geschieht, können militärische Konfrontation und gegenseitige Verdrängung vermieden werden, wenn nicht, sind eskalierende Spannungen nicht zu umgehen. Es ist die Aufgabe der Diplomatie, diesen Raum zu finden, wenn möglich, zu erweitern und zu verhindern, dass die Beziehungen taktischen und innerstaatlichen Erfordernissen geopfert werden.

Wie soll es weitergehen?

Krisenmanagement wird nicht ausreichen, um ein Verhältnis von globalen Dimensionen nachhaltig aufrechtzuerhalten, das so vielen unterschiedlichen Zwängen in und zwischen beiden Ländern ausgesetzt ist. In diesem Buch entwickle ich das Konzept einer Pazifischen Gemeinschaft und bringe die Hoffnung zum Ausdruck, dass die USA und China zumindest bei einigen Themen von grundsätzlicher Bedeutung zu einer gewissen Gemeinsamkeit finden. Diese könnte schließlich die Form einer

Ko-Evolution zweier Gesellschaften annehmen, die zwar nicht auf identischen, aber doch auf parallelen Bahnen voranschreiten.

Im 21. Jahrhundert geht die strukturelle Gefahr für den Weltfrieden davon aus, dass sich einander ausgrenzende Blöcke in der westlichen und der östlichen Hemisphäre (oder zumindest ihrem asiatischen Teil) bilden, deren Rivalität die Nullsummen-Kalkulationen auf globaler Ebene wiedererstehen lässt, die im 20. Jahrhundert die Großbrände in Europa ausgelöst haben.

Die Weltordnung, wie sie heute besteht, ist weitgehend ohne die Mitwirkung Chinas entstanden. Daher fühlt es sich weniger an Regeln gebunden, an deren Aufstellung es nicht beteiligt war. Wo die Ergebnisse China nicht gefallen, hat Beijing alternative Arrangements getroffen, so bei den separaten Währungskanälen, die es inzwischen zu Japan, Brasilien und anderen Staaten aufgebaut hat.

In einer Zeit, die so viele gleichzeitige Umwälzungen erlebt, ist die Schaffung neuer Varianten einer internationalen Ordnung nicht zu vermeiden. Wenn sich Separatstrukturen jedoch verfestigen und auf viele Bereiche übergreifen, können rivalisierende Weltordnungen entstehen. Ein Ziel der genannten Ko-Evolution könnte es daher sein, dafür zu sorgen, dass die USA und China ihre Bemühungen vereinen und gemeinsam unter Mitwirkung weiterer Staaten eine abgestimmte Weltordnung hervorbringen. Wenn es an gemeinsamen Zielen und vereinbarten Regeln der Zurückhaltung fehlt, kann institutionalisierte Rivalität leicht über die Kalkulationen und Absichten der Beteiligten hinaus eskalieren. Zu einer Zeit, da Angriffsfähigkeiten und -technologien in beispiellosem Umfang wachsen, können Fehler mit drastischen und vielleicht nicht wiedergutzumachenden Auswirkungen bestraft werden.

Das Ziel einer Ko-Evolution oder einer Pazifischen Gemeinschaft wird nicht erreicht werden, wenn eine Seite dieses Projekt vor allem als einen effizienteren Weg begreift, die andere zu besiegen oder zu schwächen. Weder China noch die USA können systematisch herausgefordert werden, ohne es zu bemerken. Wenn das geschieht, werden sie dem als Großmächte entgegenwirken wollen und können. Bemühungen um eine Ko-Evolution fordern gleichermaßen von den USA und von China, sich zu aufrichtiger Kooperation zu verpflichten und Wege zu finden, ihre Visionen einander und der Welt zu kommunizieren. Keine Seite kann diesen Weg allein gehen. Ein seriöses Engagement der führenden

Vertreter beider Länder, das von ihren Regierungen als vorrangig betrachtet und angenommen wird, ist die Voraussetzung dafür.

Einige Vorstöße in diese Richtung hat es bereits gegeben. So haben die USA mit etwa einem Dutzend weiterer Länder Verhandlungen über eine Transpazifische Partnerschaft (TPP) aufgenommen, ein Freihandelsabkommen, das den amerikanischen und den asiatischen Kontinent verbinden soll. Es könnte ein Schritt zu der besagten Pazifischen Gemeinschaft sein, denn es würde Handelsschranken zwischen den produktivsten, dynamischsten und rohstoffreichsten Wirtschaften der Welt abbauen und beide Seiten des Pazifik zu gemeinsamen Projekten zusammenführen. Präsident Obama hat China eingeladen, sich der TPP anzuschließen. Allerdings scheinen die Beitrittsbedingungen, wie sie mitunter von amerikanischen Vertretern oder Kommentatoren dargelegt werden, grundlegende Veränderungen an den inneren Strukturen Chinas als Voraussetzung zu fordern. Damit könnte die TPP jedoch in Beijing als Teil einer Strategie zur Isolierung Chinas ausgelegt werden. China arbeitet seinerseits an alternativen Arrangements, die eine parallele Tendenz aufweisen. Es hat einen Handelsvertrag mit der ASEAN abgeschlossen und einen Nordasiatischen Handelspakt zwischen China, Japan und Südkorea ins Gespräch gebracht.

Wichtige innenpolitische Erwägungen sind bei allen Beteiligten im Spiel. Wenn jedoch China und die USA ihre Bemühungen um Handelsabkommen als Element einer Strategie der gegenseitigen Isolierung ansehen, dann ist es möglich, dass der asiatisch-pazifische Raum in rivalisierende, ja sogar feindselige Machtblöcke zerfällt. Paradoxerweise könnte diese Tendenz zu einer besonderen Herausforderung werden, wenn China auf die wiederholten Appelle aus den USA eingeht, seine Wirtschaft von der Export- auf eine Konsumorientierung umzustellen, wie es der gegenwärtige Fünfjahrplan vorsieht. Das könnte Chinas Interesse an den USA als Exportmarkt verringern und zugleich andere asiatische Staaten anregen, ihre Wirtschaften stärker auf den Export nach China einzustellen, was bei allen Beteiligten eine entsprechende Anpassung der politischen Prioritäten nach sich zöge. Beijing und Washington haben die Grundfrage zu entscheiden, ob sie eine aufrichtige Anstrengung unternehmen, um bei ihrer Zusammenarbeit über die klassische Gleichgewichtspolitik hinauszugehen, oder lediglich ihre herkömmlichen Verhaltensweisen an die Gegenwart anpassen wollen.

Beide Länder gebrauchen den Begriff der Gemeinschaft. Sie haben zu diesem Zweck ein hochrangiges Forum etabliert, den Strategischen und Ökonomischen Dialog, der zweimal jährlich stattfindet. Dieser hat sich bei aktuellen Problemen als produktiv erwiesen. Er steckt jedoch noch in den Kinderschuhen, was sein eigentliches Anliegen betrifft, aus den Strömen der turbulenten Evolution dieses Jahrzehnts eine wahrhaft globale wirtschaftliche und politische Ordnung zu destillieren. Sollte es aber nicht gelingen, auf wirtschaftlichem Gebiet eine globale Weltordnung zu schaffen, dann könnte es bei stärker emotionsbeladenen Themen und noch weniger gewinnträchtigen Komplexen wie Territorial- und Sicherheitsfragen überhaupt kein Vorankommen geben.

In diesem Prozess müssen beide Seiten erkennen, welche Auswirkungen das gesprochene Wort auf Wahrnehmung und Einschätzung haben kann. Ausgehend von innenpolitischen Erfordernissen feuern amerikanische Politiker zuweilen Breitseiten gegen China ab, die feindselig klingen können. Dies geschieht auch oder gerade dann, wenn man eigentlich eine moderate Politik im Sinn hat. Damit meine ich keine konkreten Streitfragen, die nach ihrem jeweiligen Gewicht zu behandeln sind, sondern Angriffe gegen die grundlegenden Motive der chinesischen Politik. Wenn Institutionen sich derart aufführen, kann das leicht nach hinten losgehen. Denn der Adressat dieser Angriffe muss sich fragen, ob feindselige Äußerungen zu innenpolitischen Zwecken nicht früher oder später in feindliche Handlungen umschlagen. Ebenso können drohende Äußerungen der chinesischen Seite, zum Beispiel in der halboffiziellen Presse, in den USA durchaus ernst genommen werden, auf welche innenpolitischen Zwänge oder Absichten sie auch zurückgehen mögen.

In der amerikanischen Debatte wird China von beiden Seiten des politischen Spektrums häufig als eine »aufstrebende Macht« dargestellt, die noch »reifen« und lernen müsse, wie man in der internationalen Arena Verantwortung wahrnimmt. China selbst sieht sich jedoch nicht als aufstrebende, sondern als zurückkehrende Macht, die von kolonialen Ausbeutern unter Ausnutzung inneren Unfriedens und Niedergangs zeitweilig an den Rand des Geschehens gedrängt wurde. Es sieht die Perspektive eines starken Chinas, das auf die wirtschaftliche, kulturelle, politische und militärische Entwicklung im globalen Rahmen Einfluss nimmt, nicht als widernatürliche Herausforderung an die Weltordnung, sondern als Rückkehr zum Normalzustand. Amerikaner müssen nicht

mit dieser chinesischen Analyse übereinstimmen um zu begreifen, dass die Belehrung eines Landes mit einer Geschichte von mehreren Tausend Jahren, es müsse erst »erwachsen werden«, ein vermeidbarer Missgriff ist.

Chinesische Erklärungen offiziellen und inoffiziellen Charakters, man verfolge die Absicht, den traditionellen Platz Chinas in der Welt zurückzugewinnen, haben im In- und Ausland unterschiedliche Wirkung. China ist zu Recht stolz auf seine Fortschritte bei der Wiederherstellung seines Nationalgefühls nach einer Periode, die es als das »Jahrhundert der Demütigung« begreift. Aber es dürfte kaum asiatische Länder geben, die sich nach der Zeit der Suzeränitätsverhältnisse gegenüber dem chinesischen Kaiserreich zurücksehnen. Sie, die nach schweren antikolonialen Kämpfen heute eine traditionelle Geopolitik betreiben, sind bestrebt, an so vielen übergreifenden Bereichen wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit wie möglich beteiligt zu werden. Fast alle diese Länder fordern die USA auf, eine Rolle in der Region zu spielen, wobei sie vor allem ein Gleichgewicht, nicht aber einen Kreuzzug oder eine Konfrontation anstreben.

Der »Aufstieg« Chinas ist nicht in erster Linie ein Ergebnis militärischer Stärke. Er ist vor allem einer sich abschwächenden Wettbewerbsposition der USA geschuldet, die in veralteter Infrastruktur, zu geringem Engagement für Forschung und Entwicklung sowie einer anscheinend dysfunktionalen Regierungstätigkeit zum Ausdruck kommt. Wie die USA diese Probleme bewältigen, hängt von ihrem Erfindungsreichtum und ihrer Entschlossenheit ab. Diese sind für die Zukunft entscheidender als Vorwürfe an einen festgelegten Gegner.

Es gehört zum normalen Verhalten souveräner Staaten, den eigenen taktischen Vorteil zu suchen. Aber in der neuen globalisierten, vielfältig verflochtenen Welt, die vor Massenvernichtungswaffen strotzt, müssen China und die USA sich im internationalen System auf ein gemeinsames langfristiges Ziel orientieren. Strategisches Vertrauen aufzubauen und in gegenseitiger Zurückhaltung miteinander umzugehen ist ein schwieriger Prozess, bei dem gelegentlich Unklarheiten und Missverständnisse auftreten. Aber für Großmächte gibt es in der heutigen Zeit keine höhere Verantwortung.

China kann Sicherheit in seiner historisch erprobten Ausdauer und in der Tatsache finden, dass in seiner gesamten Geschichte, selbst in den Phasen, da keine bilateralen Beziehungen bestanden, keine ameri-

kanische Administration je versucht hat, die Realität Chinas als eines der wichtigsten Staaten, als eine der wichtigsten Volkswirtschaften und Zivilisationen der Welt zu verändern. Die Amerikaner hingegen sollten bedenken, dass Chinas BIP, selbst wenn es das der USA erreicht, auf eine viermal größere Bevölkerung verteilt werden muss, die immer älter wird und durch Chinas Wachstum und Urbanisierung eine komplexe innere Transformation durchläuft. Das hat die praktische Konsequenz, dass ein großer Teil der Energien des Landes noch auf lange Zeit für dessen innere Erfordernisse gebraucht wird.

Beide Seiten sollten sich dafür öffnen, das Handeln der jeweils anderen als ein normales Element des internationalen Lebens und nicht von vornherein als Grund für Beunruhigung zu begreifen. Dass sie dabei aufeinander einwirken, sollte nicht als bewusstes Streben nach Eindämmung oder Dominanz aufgefasst werden, solange beide Seiten ihre Unterschiedlichkeit bewahren und ihr Handeln entsprechend kontrollieren.

China und die USA müssen nicht der politischen Evolution des jeweils anderen zustimmen um zu erkennen, dass ein strategischer Kampf um die Vorherrschaft beide Seiten zermürben und die meisten asiatischen Staaten, insbesondere jene Süd- und Südostasiens in innenpolitische Krisen oder eine Art militante Neutralität treiben würde. Eine auf Konfrontation beruhende Strategie macht die USA und China zu Geiseln von Worst-Case-Szenarien, von denen manche außer Kontrolle geraten können.

Dieses Buch sagt nicht voraus, dass die USA und China sich unweigerlich aus der üblichen Praxis von Großmachtrivalitäten oder ideologischen Differenzen lösen werden. Es behauptet, dass beide Staaten es sich selbst und der Welt schuldig sind, es zumindest zu versuchen. Eine praktizierte Ko-Evolution wird Weisheit und Geduld erfordern. Nach einer gewissen Zeit kann sie zu einem integralen Bestandteil des Verhaltens beider Länder werden.

Sollte ein solches Bemühen scheitern, wird dies daran liegen, dass sich bei einer Seite oder beiden die Unsicherheiten, von denen die Absichten souveräner Staaten stets begleitet sind, nicht überwinden ließen und die Last der Geschichte schwerer wog als das Gebot eines neuen Aufbruchs. In diesem Fall werden die USA ihre Interessen nach den traditionellen Grundsätzen verteidigen. Aber die Befürworter der Konfrontation

werden damit nicht Recht bekommen. Jene, denen die nachfolgenden Konflikte als Erbe zufallen, werden, wenn die Krise nachlässt, weiterhin vor der Aufgabe stehen, eine neue, bessere Weltordnung zu schaffen. Am Ende preist die Geschichte nicht die Konflikte zwischen Gesellschaften, sondern deren Versöhnung.

Henry Kissinger
New York, Januar 2012

Aus dem amerikanischen Englisch von Helmut Ettinger

- 1 Gemeinsame Erklärung der USA und Chinas vom 19.1.2011, Abs. 2 und 5. Ich möchte meinem Partner Schuyler Schouten für die wertvolle Unterstützung bei den Recherchen zu diesem Vorwort ausdrücklich danken.
- 2 Aron Friedberg, *A Contest for Supremacy: China, America, and the Struggle for Mastery in Asia*, New York 2011, S. 51 und 184.
- 3 Eine Zusammenstellung derartiger Auffassungen auf Englisch, darunter Auszüge aus offiziellen und offiziellen chinesischen Veröffentlichungen siehe bei Michael S. Chase, »Fear and Loathing in Beijing? Chinese Suspicions of US Intentions«, in: Jamestown Foundation, *China Brief*, Bd. 11, Nr. 18, 30.9.2011.
- 4 Long Tao, »Time to Teach Those Around the South China Sea a Lesson«, in: *Global Times*, 29.9.2011, www.globaltimes.cn/NEWS/tabid/99/ID/677717/Time-to-teach-those-around-the-South-China-Sea-a-lesson/asp.
- 5 Siehe u. a. den Artikel des Staatskommissars Dai Bingguo vom Dezember 2010 »Am Weg der friedlichen Entwicklung festhalten«, den ich auf den Seiten 521 bis 524 zitiere.
- 6 Eine gründliche und umfassende Analyse dieses Verfahrens siehe bei Cheng Li, »Chinas Midterm Jockeying: Gearing up for 2012«, Teil 1-5, in: *China Leadership Monitor*, Nr. 31-35, Stanford 2010-2011.

Vorwort

Fast auf den Tag genau vor vierzig Jahren erwies mir Richard Nixon die Ehre, mich nach Beijing zu entsenden. Ich sollte die Beziehungen mit einem Land wiederherstellen, das in der Geschichte Asiens eine zentrale Rolle spielt und mit dem Amerika damals seit zwanzig Jahren auf hoher Ebene keine Kontakte mehr gehabt hatte. Das amerikanische Motiv für die Öffnung gegenüber China bestand darin, den Amerikanern eine Vision des Friedens zu vermitteln, die über das Elend des Vietnamkriegs und die bedrohlichen Perspektiven des Kalten Krieges hinausgehen sollte. China war damals offiziell mit der Sowjetunion verbündet, wollte jedoch den notwendigen Spielraum gewinnen, um einen drohenden Angriff aus Moskau abzuwehren.

Inzwischen bin ich mehr als fünfzigmal in China gewesen. Wie auch viele andere Besucher im Lauf der Jahrhunderte lernte ich mit der Zeit, das chinesische Volk zu bewundern: seine Zähigkeit, seinen Scharfsinn, seinen Familiensinn und die Kultur, die es repräsentiert. Gleichzeitig denke ich mein ganzes Leben lang primär aus amerikanischer Sicht darüber nach, wie sich Frieden erreichen und sichern lässt. Ich hatte das große Glück, mich diesen zwei Gedankensträngen zugleich als hoher Regierungsbeamter, als Überbringer von Botschaften und als Wissenschaftler widmen zu können.

Mit diesem Buch, das sich zum Teil auf meine Gespräche mit führenden chinesischen Politikern stützt, versuche ich darzulegen, wie die Chinesen konzeptionell über Probleme des Friedens und der internationalen Weltordnung denken, und in welcher Beziehung dieses Denken zu dem eher pragmatischen, mehr am einzelnen Fall orientierten amerikanischen Ansatz steht. Die unterschiedliche Geschichte und Kultur beider Staaten führt mitunter zu unterschiedlichen Überzeugungen. Ich bin mit

der chinesischen Sichtweise nicht immer einverstanden, und das gilt vermutlich auch für viele meiner Leser. Aber es ist notwendig, die chinesische Sichtweise zu verstehen, da China in der Welt des 21. Jahrhunderts eine sehr große Rolle spielen wird.

Seit meinem ersten Besuch hat sich China zu einer wirtschaftlichen Supermacht und zu einem wichtigen Faktor bei der Gestaltung der politischen Weltordnung entwickelt. Die Vereinigten Staaten haben den Kalten Krieg gewonnen. Die Beziehung zwischen China und den Vereinigten Staaten ist zu einem zentralen Element beim Streben nach Weltfrieden und weltweitem Wohlstand geworden.

Acht amerikanische Präsidenten und vier Generationen chinesischer Führer haben diese schwierige Beziehung in Anbetracht ihrer verschiedenen Ausgangspunkte erstaunlich konsistent gestaltet. Beide Seiten haben nicht zugelassen, dass das historische Erbe oder unterschiedliche Auffassungen von innerstaatlicher Ordnung ihre im Wesentlichen kooperative Beziehung störten.

Es war ein komplizierter Prozess, denn beide Gesellschaften vertreten die Auffassung, dass sie für einzigartige Werte stehen. Der amerikanische Exzeptionalismus ist missionarisch. Er steht für die Ansicht, dass die Vereinigten Staaten die Pflicht haben, ihre Werte auf der ganzen Welt zu verbreiten. Der chinesische Exzeptionalismus ist kulturell. China missioniert nicht; es behauptet nicht, dass seine derzeitigen Institutionen außerhalb Chinas relevant seien. Doch China ist Erbe der Tradition des Reichs der Mitte, das formell alle anderen Staaten als tributpflichtige Vasallen betrachtete, deren Rang mit der Entfernung zu den chinesischen politischen und kulturellen Formen abnahm, mit anderen Worten: Dieses Reich glaubte gewissermaßen an die Allgemeingültigkeit seiner Kultur.

Ein wichtiger Schwerpunkt dieses Buches ist die Interaktion zwischen führenden chinesischen und amerikanischen Politikern seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949. Unabhängig davon, ob ich gerade ein Regierungsamt innehatte oder nicht, habe ich zu meinen Gesprächen mit vier Generationen führender chinesischer Politiker stets Aufzeichnungen gemacht, und ich habe mich beim Schreiben dieses Buches auf sie als Primärquellen gestützt.

Dieses Buch hätte ohne die hingebungsvolle und kompetente Hilfe von Kollegen und Freunden nicht geschrieben werden können. Schuyler Schouten war einfach unverzichtbar. Ich wurde vor acht Jahren auf ihn

aufmerksam, als Professor John Gaddis von der Yale University ihn als einen seiner fähigsten Studenten empfahl. Als ich mit diesem Projekt begann, bat ich ihn, in seiner Rechtsanwaltskanzlei zwei Monate Urlaub zu nehmen. Er tat es und engagierte sich dann so sehr, dass er das Projekt ein ganzes Jahr bis zu seinem Ende unterstützte. Er machte einen Großteil der grundlegenden Recherchen, er war bei der Übersetzung chinesischer Texte behilflich und, was noch wichtiger ist, er half, einige der besonders schwierigen Texte in ihrer ganzen Bedeutung zu verstehen. Er war unermüdlich, als das Buch redigiert und Korrektur gelesen wurde. Ich habe noch nie einen besseren Rechercheur gehabt und kaum je einen, der ebenso gut war.

Ich hatte das große Glück, dass Stephanie Junger-Moat ein Jahrzehnt lang auf der ganzen Bandbreite meiner Aktivitäten mit mir zusammenarbeitete. Sie war das, was man im Baseball den unverzichtbaren Allroundspieler nennen würde. Sie recherchierte, sie redigierte mehrere Texte und war die wichtigste Verbindung zum Verlag. Sie überprüfte sämtliche Fußnoten. Sie half, die Erfassung des Textes zu koordinieren, und sprang immer ein, wenn es terminlich eng wurde. Ihr wichtiger Beitrag wurde dank ihres Charmes und ihres diplomatischen Geschicks noch wertvoller.

Harry Evans redigierte vor dreißig Jahren meine Memoiren, und nun konnte ich ihn im Namen unserer Freundschaft dafür gewinnen, dass er das gesamte Manuskript durchging. Seine zahlreichen redaktionellen und strukturellen Vorschläge waren stets klug.

Theresa Amantea und Jody Williams tippten das Manuskript viele Male und halfen mir, meine Termine zu halten, indem sie viele Abende und Wochenenden opferten. Ihre gute Laune, ihre Effizienz und ihr scharfes Auge für Details waren für das Buch sehr wichtig.

Stapleton Roy, früherer Botschafter in China und angesehener Chinaexperte, Winston Lord, mein Mitstreiter während der Öffnung Chinas und später Botschafter in China, und Dick Viets, mein literarischer Nachlassverwalter, lasen mehrere Kapitel des Buches und machten scharfsinnige Kommentare. Jon Vanden Heuvel steuerte zu mehreren Kapiteln wertvolle Forschungsergebnisse bei.

Das Buch bei Penguin Press zu publizieren, war eine positive Erfahrung. Ann Godoff war immer verfügbar, immer verständnisvoll, nie lästig und stets eine angenehme Gesellschaft. Bruce Giffords, Noirin Lucas und

Tory Klose betreuten das Buch gekonnt während der Produktionsphase. Fred Chase lektorierte das Manuskript mit Sorgfalt und Effizienz. Laura Stickney war die Cheflektorin des Buches: jung genug, um meine Enkeltochter zu sein, aber in keiner Weise eingeschüchtert durch den Autor. Sie überwand ihre Abneigung gegen meine politischen Ansichten immerhin so weit, dass ich begann, mich auf ihre manchmal scharfen und immer treffenden Randbemerkungen auf dem Manuskript zu freuen. Sie war unermüdlich, scharfsinnig und ungemein hilfreich.

All diesen Menschen bin ich überaus dankbar.

Die staatlichen Dokumente, auf die ich mich stütze, sind alle schon seit einiger Zeit freigegeben. Besonders danken möchte ich dem Cold War International History Project des Woodrow Wilson International Center for Scholars, weil ich die Erlaubnis bekam, lange Auszüge aus seinem Archiv mit freigegebenen russischen und chinesischen Dokumenten zu verwenden. Die Carter Library war mir eine große Hilfe, weil sie mir viele Protokolle von Treffen mit chinesischen Führern während der Amtszeit Jimmy Carters zugänglich machte, und auch die Reagan Library stellte mir zahlreiche nützliche Dokumente aus ihren Akten zur Verfügung.

Die Mängel dieses Buches sind selbstverständlich von mir selbst zu verantworten.

Wie immer seit einem halben Jahrhundert, half mir meine Frau Nancy mit ihrer unverwüstlichen Moral und ihrer intellektuellen Unterstützung in der Einsamkeit, die Schriftsteller (oder wenigstens diesen Schriftsteller) beim Schreiben umgibt. Sie las fast alle Kapitel und machte unzählige wichtige Vorschläge.

Ich habe *China* Annette und Oscar de la Renta gewidmet. In ihrem Haus in Punta Cana begann ich das Buch zu schreiben, und dort habe ich es beendet. Ihre Gastfreundschaft ist nur eine Facette einer Freundschaft, die meinem Leben Freude und Tiefe gegeben hat.

Henry Kissinger
New York, Januar 2011

Prolog

Im Oktober 1962 bestellte der chinesische Revolutionsführer Mao Zedong seine ranghöchsten militärischen und politischen Kommandeure zu einer Besprechung nach Beijing. 3200 Kilometer weiter im Westen, in dem kargen und dünn besiedelten Terrain des Himalaja, waren chinesische und indische Truppen im Kampf um die umstrittene Grenze zwischen den beiden Ländern in eine Pattsituation geraten. In dem Krieg rechtfertigten sich die Konfliktparteien mit verschiedenen historischen Tatsachen: Indien berief sich auf die Grenzziehung während der britischen Herrschaft, China auf die Grenzen des chinesischen Kaiserreichs. Indien hatte seine Vorposten an der seiner Ansicht nach richtigen Grenze stationiert; China hatte die indischen Stellungen eingeschlossen. Versuche, eine territoriale Einigung zu erzielen, waren gescheitert.

Mao wollte die Pattsituation durchbrechen. Er griff weit zurück auf die klassische chinesische Tradition, die er damals gerade in jeder anderen Hinsicht zerstörte. China und Indien, sagte er zu seinen Kommandeuren, hätten bisher »eineinhalb Kriege« geführt, und Beijing könne aus beiden operative Lehren ziehen. Der erste Krieg hatte sich 1300 Jahre zuvor in der Zeit der Tang-Dynastie (618–907) ereignet, als China Truppen entsandte, um ein indisches Königreich gegen einen illegitimen und aggressiven Rivalen zu verteidigen. Nach der chinesischen Intervention hatten die beiden Länder Jahrhunderte eines fruchtbaren religiösen und ökonomischen Austauschs erlebt. Die Lehre, die man laut Mao aus dem alten Krieg ziehen konnte, bestand folglich darin, dass China und Indien nicht zu ewiger Feindschaft verdammt seien. Sie könnten wieder eine lange Periode des Friedens genießen, aber damit dies geschehen konnte, musste China »Gewalt anwenden«, um Indien »an den Verhandlungstisch zurückzuprügeln«. Der »halbe Krieg«, den Mao meinte, hatte sieben-

hundert Jahre später stattgefunden, als der Mongolenherrscher Tamerlan Delhi geplündert hatte. (Da die Mongolei und China damals zur selben politischen Einheit gehörten, war dies Maos Ansicht nach ein »halber« indisch-chinesischer Krieg.) Tamerlan hatte einen wichtigen Sieg errungen, aber nach dem Einmarsch in Indien hatte sein Heer über 100 000 indische Gefangene getötet. Diesmal verpflichtete Mao seine chinesischen Truppen, »maßvoll und prinzipientreu« vorzugehen.¹

Keiner von Maos Zuhörern in der kommunistischen Parteiführung eines revolutionären »neuen China« (das die Absicht verkündete, die internationale Ordnung neu zu gestalten und die feudale Vergangenheit des eigenen Landes zu überwinden) stellte offenbar die Relevanz dieser uralten Präzedenzfälle für die aktuellen strategischen Notwendigkeiten Chinas infrage. Die Planung des Angriffs vollzog sich auf Grundlage der Prinzipien, die Mao skizziert hatte. Einige Wochen später begann die Offensive ganz wie geplant: Die Chinesen führten einen harten vernichtenden Schlag gegen die indischen Stellungen, aber dann zogen sie sich wieder auf ihre frühere Frontlinie zurück und gaben den Indern sogar die erbeuteten schweren Waffen zurück.

In keinem anderen Land ist es denkbar, dass ein moderner politischer Führer eine wichtige nationale Unternehmung damit einleiten würde, dass er sich auf die strategischen Lehren eines tausend Jahre zurückliegenden Ereignisses bezieht. Ebenso undenkbar ist es, dass er damit rechnen könnte, dass seine Gefolgsleute die Bezugnahme auf die Vergangenheit verstehen würden. Aber China ist einzigartig. Kein anderes Land kann sich rühmen, bereits so lange eine ungebrochene Hochkultur zu besitzen, und kein anderes hat eine so innige Verbindung zu seiner fernen Vergangenheit und den klassischen Prinzipien von Strategie und Staatskunst.

Andere Gesellschaften, einschließlich der Vereinigten Staaten, beanspruchen universale Gültigkeit für ihre Werte und Institutionen. Aber keine kommt China darin gleich, dass es über einen so langen Zeitraum und angesichts zahlreicher historischer Schicksalsschläge auf einem erhabenen Verständnis seiner Rolle in der Welt beharrte (und auch seine Nachbarn davon überzeugte). Von seiner Entstehung als vereinigter Staat im 3. Jahrhundert v. Chr. bis zum Zusammenbruch der Qing-Dynastie im Jahr 1912 stand China mit bemerkenswerter Dauerhaftigkeit im Zentrum des ostasiatischen internationalen Systems. Der chinesische

Kaiser wurde als höchste Instanz einer universalen politischen Hierarchie wahrgenommen (und von den meisten Nachbarstaaten anerkannt), und die Herrscher aller anderer Staaten als seine Vasallen. Die chinesische Sprache und Kultur und die chinesischen Institutionen waren so sehr Kennzeichen der Zivilisation, dass sogar rivalisierende Reiche in der Region und ausländische Eroberer sie in unterschiedlichem Ausmaß als Zeichen ihrer eigenen Legitimität übernahmen (und oft als ersten Schritt, um in das chinesische Reich einbezogen zu werden).

Die traditionelle chinesische Kosmologie überstand Katastrophen und jahrhundertelange Perioden des politischen Verfalls. Selbst wenn China schwach und gespalten war, blieb es wegen seiner zentralen Lage der Maßstab für regionale Legitimität; chinesische wie ausländische Kräfte wetteiferten in dem Bestreben, es zu vereinigen oder zu erobern, und regierten dann von seiner Hauptstadt aus, ohne die Grundannahme infrage zu stellen, dass dieses Reich das Zentrum des Universums war. Während andere Länder nach ethnischen Gruppen oder geografischen Merkmalen benannt wurden, nannte China sich *zhongguo*, das »Reich der Mitte.«² Jeder Versuch, Chinas Diplomatie im 20. Jahrhundert oder seine Weltrolle im 21. Jahrhundert zu verstehen, muss, selbst um den Preis einer potenziell übermäßigen Vereinfachung, mit einer grundlegenden Würdigung des traditionellen Kontexts beginnen.

Chinas Einzigartigkeit

Gesellschaften und Nationen halten sich gern für ewig, deshalb lieben sie ihre Gründungslegenden. Das besondere Merkmal der chinesischen Zivilisation besteht darin, dass ihr Anfang im Dunkel liegt. Sie erscheint in der Geschichte nicht so sehr als herkömmlicher Nationalstaat denn als permanentes Naturphänomen. In der Geschichte vom Gelben Kaiser, der von vielen Chinesen als der legendäre Reichsgründer verehrt wird, existiert China allem Anschein nach bereits. Als der Gelbe Kaiser im Mythos auftritt, ist die chinesische Zivilisation im Chaos versunken. Konkurrierende Fürsten bekämpfen einander und quälen das Volk, und ein schwacher Oberherr kann die Ordnung nicht aufrechterhalten. Der neue Held hebt eine Armee aus, befriedet das Reich und wird zum Kaiser ausgerufen.¹

Der Gelbe Kaiser ist als Reichsgründer in die Geschichte eingegangen, aber im Gründungsmythos schafft er kein Reich, sondern stellt ein Reich wieder her. China war schon vor ihm da; es tritt als etablierter Staat in das historische Bewusstsein, der nur wiederhergestellt, nicht jedoch gegründet werden muss. Über dieses Paradoxon der chinesischen Geschichte schrieb der Missionar und Reisende Abbé Régis-Evariste Huc im 19. Jahrhundert:

Die chinesische Zivilisation hat ihre Ursprünge in einer so fernen Vergangenheit, dass wir vergeblich herauszufinden suchen, wann sie begonnen hat. Es gibt keine Spuren eines Kindheitsstadiums bei diesem Volk. Dies ist ein ganz spezielles Merkmal Chinas. Wir sind daran gewöhnt, in der Geschichte von Nationen einen klar definierten Ausgangspunkt zu finden, und die historischen Dokumente, Traditionen und Monumente, die uns geblieben sind, erlauben uns in aller Regel den zivilisatorischen

Fortschritt fast Schritt für Schritt von der Geburt einer Nation bis zur Gegenwart zu verfolgen: ihre Entwicklung, ihren Aufstieg und in vielen Fällen auch ihren Verfall und Zusammenbruch. Dies gilt jedoch nicht für die Chinesen. Sie leben anscheinend schon immer im selben Stadium des Fortschritts wie heute; und die Daten aus der Vergangenheit sind geeignet, diese Ansicht zu bestätigen.²

Als unter der Shang-Dynastie im 2. Jahrtausend v. Chr. die chinesischen Schriftzeichen entstanden, war das alte Ägypten auf der Höhe seines Ruhms angelangt. Die großen Stadtstaaten des klassischen Griechenlands gab es noch nicht, und die Gründung Roms lag noch mehr als ein Jahrtausend in der Zukunft. Trotzdem wird eine direkte Weiterentwicklung des Schriftsystems der Shang-Ära heute von mehr als einer Milliarde Menschen benutzt. Die Chinesen von heute können Inschriften verstehen, die aus der Zeit des Konfuzius stammen; heutige Bücher und Gespräche der Chinesen sind durch jahrhundertealte Aphorismen bereichert, die sich auf längst vergangene Schlachten und Hofintrigen beziehen.

Zugleich ist die chinesische Geschichte von zahlreichen Perioden des Bürgerkriegs, der Interregna und des Chaos geprägt. Aber nach jedem Zusammenbruch erstand der chinesische Staat wie durch ein ewiges Naturgesetz wieder neu. In jedem Stadium erschien eine neue einigende Gestalt auf der Bildfläche, die im Wesentlichen dem Beispiel des Gelben Kaisers folgte, ihre Rivalen unterwarf und China wiedervereinigte (und manchmal vergrößerte). Der berühmte Anfang von *Die Drei Reiche*, einem epischen Roman aus dem 14. Jahrhundert, der jahrhundertlang von den Chinesen hoch geschätzt wurde (auch von Mao, der sagte, er habe in seiner Jugend fast obsessiv über dem Roman gebrütet), beschwört diesen kontinuierlichen Rhythmus: »Das Reich, lang geteilt, muss sich vereinigen; lange vereinigt, muss es sich teilen. So ist es immer gewesen.«³ Jede Periode der Uneinigkeit wurde als Verirrung betrachtet. Jede neue Dynastie griff auf die Regierungsgrundsätze der vorangegangenen Dynastie zurück, um Kontinuität herzustellen. Die fundamentalen Regeln der chinesischen Kultur blieben auch unter dem Druck periodischer Katastrophen erhalten.

Vor dem folgenschweren Ereignis der chinesischen Vereinigung im Jahr 221 v. Chr. hatte es ein Jahrtausend dynastischer Herrschaft ge-

geben, die sich allmählich aufgelöst hatte, weil die feudalen Reichsteile zunächst autonom und dann unabhängig wurden. Der Höhepunkt waren zweieinhalb Jahrhunderte des Aufruhrs, die als Zeit der Streitenden Reiche (475–221 v. Chr.) in die Geschichte eingingen. Das europäische Äquivalent wäre das Interregnum zwischen dem Westfälischen Frieden von 1648 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als eine Vielzahl europäischer Staaten im Rahmen des europäischen Kräftegleichgewichts um die Vorherrschaft rangen. Nach 221 v. Chr. orientierte sich China nach wie vor an den Idealen des Reiches und der Einheit, folgte aber weiterhin dem Muster der Zersplitterung und Wiedervereinigung, und zwar in Zyklen, die manchmal Jahrhunderte dauerten.

Wenn der Staat zersplitterte, waren erbitterte Kriege zwischen den verschiedenen Teilen die Folge. Mao sagte einmal, die chinesische Bevölkerung sei während der sogenannten Zeit der Drei Reiche (220–280 n. Chr.) von mehr als 50 Millionen Menschen auf 10 Millionen geschrumpft,⁴ und der Konflikt zwischen den rivalisierenden Gruppen, der zwischen den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts ausgetragen wurde, war ebenfalls extrem blutig.

Am Endpunkt ihrer Ausdehnung erstreckte sich die chinesische Kultursphäre über ein viel größeres Territorium als jeder europäische Staat. Die chinesische Sprache und Kultur und die politische Herrschaft des Kaisers dehnten sich auf alle erdenklichen Landschaften aus: auf die Steppen und Kiefernwälder im Norden bis nach Sibirien hinein; auf die tropischen Dschungel und terrassierten Reisfelder im Süden; auf die Ostküste mit ihren Kanälen, Häfen und Fischerdörfern, auf die kargen Wüsten Zentralasiens und die eisbedeckten Gipfel an der Grenze im Himalaja. Die Größe und Vielfalt dieses Territoriums verstärkten das Gefühl, dass China eine eigene Welt sei. Sie untermauerten das Verständnis des Kaisers als einer Gestalt von universaler Bedeutung, die über *tian xia*, »alles unter dem Himmel«, herrschte.

Die Ära der chinesischen Vorrangstellung

In vielen Jahrtausenden seiner Hochkultur war China nie mit anderen Ländern oder Kulturen konfrontiert, die ihm an Größe oder Kultiviertheit ebenbürtig gewesen wären. Indien war, wie Mao später be-

merkte, den Chinesen bekannt, aber es war die meiste Zeit in mehrere Reiche gespalten. Die beiden Kulturen tauschten über die Seidenstraße Waren aus, und der Buddhismus erlangte einen gewissen Einfluss, aber ansonsten verhinderten der fast unüberwindliche Himalaja und das tibetische Hochplateau einen intensiven Austausch. Die riesigen und gefährlichen Wüsten Zentralasiens trennten China von den nächstlichen Kulturen Persiens und Babylons und noch stärker vom Römischen Reich. Handelskarawanen erreichten gelegentlich das Reich der Mitte, aber als Gesellschaft hatte China keinen Kontakt zu anderen Gesellschaften vergleichbarer Größe und Kultur. Obwohl China und Japan eine Anzahl kultureller und politischer Institutionen gemeinsam hatten, war keines von beiden Ländern bereit, die Überlegenheit des anderen anzuerkennen; stattdessen beschnitten sie die Kontakte für Jahrhunderte. Europa lag noch weiter entfernt in einer Region, die von den Chinesen als »Westliche Ozeane« betrachtet wurde – naturgemäß unzugänglich für die chinesische Kultur und beklagenswert unfähig, sie zu adaptieren, wie der Kaiser 1793 einem britischen Gesandten erklärte.

Die territorialen Ansprüche des Chinesischen Reiches endeten an seinen Küsten. Schon unter der Song-Dynastie (960–1279) war China weltweit führend in nautischer Technologie. Seine Flotten hätten das Reich in eine Ära der Eroberungen und Entdeckungen führen können.⁵ Doch China erwarb keine Kolonien in Übersee und zeigte wenig Interesse für die Länder jenseits seiner Küsten. Es sah keinen Grund, ins Ausland vorzustoßen und Barbaren zu konfuzianischen Grundsätzen oder buddhistischen Tugenden zu bekehren. Als die mongolischen Eroberer die Flotte der Song-Dynastie und ihre erfahrenen Kapitäne unter ihrem Kommando hatten, machten sie zweimal den Versuch, Japan zu erobern. Beide Versuche scheiterten der japanischen Überlieferung nach am *kamikaze* (oder »göttlichen Wind«), der die Flotten von Japans Küsten fernhielt.⁶ Nach dem Zusammenbruch der mongolischen Dynastie jedoch wurden solche Expeditionen, obwohl technisch möglich, nie mehr unternommen. Kein chinesischer Führer brachte je eine Begründung vor, warum China den japanischen Archipel beherrschen sollte.

In der Frühzeit der Ming-Dynastie, zwischen 1405 und 1433, unternahm China jedoch eine der bemerkenswertesten und geheimnisvollsten Entdeckungsfahrten der Geschichte: Admiral Zheng He fuhr mit Flotten technisch konkurrenzloser »Schatzschiffe« zu Bestimmungsorten wie Java,

Indien, dem Horn von Afrika und der Straße von Hormuz. Als Zhengs Reisen stattfanden, hatte das europäische Zeitalter der Entdeckungen noch nicht begonnen. Chinas Flotte besaß einen geradezu überwältigenden Vorsprung an Größe, technischer Perfektion und Zahl der Schiffe; sie stellte die spanische Armada weit in den Schatten (die erst 150 Jahre später gebaut werden sollte).

In der Geschichtswissenschaft ist der wirkliche Grund für Zhengs Reisen bis heute umstritten. Er war eine einzigartige Gestalt im Zeitalter der Entdeckungen: Dieser chinesische Eunuch islamischen Glaubens, der als Kind für den Dienst am Hof des Kaisers zwangsrekrutiert worden war, hat keine bekannte historische Parallele. An jedem Bestimmungsort seiner Reise proklamierte er formell die Erhabenheit des neuen chinesischen Kaisers, überhäufte die lokalen Herrscher mit Geschenken und lud sie ein, persönlich nach China zu reisen oder Gesandte dorthin zu schicken. Dort sollten sie ihren Platz in der sinozentrischen Welt und den höheren Rang des Kaisers akzeptieren, indem sie das als »Kotau« bezeichnete Ritual vollzogen. Zheng He pries Chinas Größe und sprach Einladungen zu dem bedeutungsschweren Ritual aus, doch er legte keinen territorialen Ehrgeiz an den Tag. Er brachte nur Geschenke oder »Tribute« nach China zurück; aber er wollte weder Kolonien erobern noch Rohstoffe für sein Land ausbeuten, wenn man von dem metaphysischen Gewinn absieht, dass er die Grenzen von allem unter dem Himmel ausdehnte. Bestenfalls lässt sich sagen, dass er durch eine Art früher Ausübung der »sanften Macht« Chinas günstige Bedingungen für chinesische Kaufleute schuf.⁷

Zheng Hes Expeditionen fanden 1433 ein abruptes Ende, als an der nördlichen Landgrenze Chinas Gefahr drohte. Der nächste Kaiser befahl die Demontage der Flotte und ließ die Unterlagen über Zheng Hes Reisen vernichten. Die Expeditionen wurden nie wiederholt. Zwar verkehrten weiterhin chinesische Kaufleute auf den Routen, die Zheng He erkundet hatte, doch die Chinesen verloren ihre nautischen Fähigkeiten, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass die Herrscher der Ming-Dynastie auf eine Piratenplage vor der chinesischen Südküste mit dem Versuch reagierten, die Bevölkerung der betroffenen Küstenregion zwangsweise sechzehn Kilometer weiter landeinwärts anzusiedeln. Chinas Geschichte als Seefahrernation war also eine niemals genutzte historische Chance: Obwohl China technisch überlegen war, verzichtete es just zu dem

Zeitpunkt auf Entdeckungsreisen zur See, als der Westen ein Interesse dafür entwickelte.

Chinas »Splendid Isolation«, einzigartig in der Menschheitsgeschichte, verstärkte eine besondere chinesische Selbstwahrnehmung. Die chinesischen Eliten gewöhnten sich an die Vorstellung, dass China einzigartig war, nicht nur »eine großartige Zivilisation« unter anderen, sondern die Zivilisation schlechthin. Ein britischer Übersetzer schrieb 1850:

Ein intelligenter Europäer ist daran gewohnt, den Zustand einer Anzahl von Ländern zu reflektieren, die unterschiedliche Vorteile genießen und sich alle mit spezifischen Nachteilen herumschlagen müssen. Er könnte durch ein paar gut gestellte Fragen und auf der Basis einiger weniger Daten ein einigermaßen zutreffendes Bild von einem Volk gewinnen, das ihm bis dahin unbekannt war. Es wäre jedoch ein großer Irrtum anzunehmen, dass auch die Chinesen dies könnten. Weil sie alle Ausländer ausschließen und sich in ihrem eigenen Land einsperren, unterliegt ihr Denken einer unglücklichen Beschränkung, denn sie haben keinerlei Gelegenheit, Vergleiche anzustellen. Sie sind deshalb völlig unfähig, sich aus dem Reich ihrer Assoziationen zu befreien, und beurteilen alles ausschließlich nach den in China geltenden Regeln.⁸

China wusste natürlich, dass es an seiner Peripherie in Korea, Vietnam, Thailand, Birma andere Gesellschaften gab; aber in der chinesischen Wahrnehmung war China das Zentrum der Welt, das »Reich der Mitte«, und alle anderen Gesellschaften wurden als Abstufungen dieses Zentrums betrachtet. Aus chinesischer Sicht entsprach es der natürlichen Ordnung des Universums, dass eine Vielzahl anderer Staaten die chinesische Kultur übernehmen und China Tribut zollen sollte. Die Grenzen zwischen China und den Völkern in seinem Umkreis waren weniger politisch und territorial als vielmehr kulturell definiert. Die Ausstrahlung der chinesischen Kultur auf ganz Ostasien veranlasste den amerikanischen Politologen Lucian Pye zu der berühmten Bemerkung, das moderne China sei auch heute noch »eine Zivilisation, die vortäuscht, ein Nationalstaat zu sein«.⁹

Die Ansprüche, die dieser traditionellen chinesischen Sicht der Weltordnung zugrunde lagen, hielten sich bis weit in die Moderne hinein. Noch 1863 schickte der chinesische Kaiser (der selbst der »ausländischen« Mandschu-Dynastie entstammte, die China zwei Jahrhunderte

zuvor erobert hatte) einen Brief an Abraham Lincoln, in dem er ihn über die Absicht Chinas informierte, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu pflegen. Der Kaiser stützte sein Schreiben auf die großzügige Versicherung: »Da wir mit Ehrfurcht vom Himmel den Auftrag erhalten haben, über das Universum zu herrschen, betrachten wir sowohl das Reich der Mitte [China] als auch alle äußeren Länder ohne jeden Unterschied als eine Familie.«¹⁰ Als dieser Brief abgeschickt wurde, hatte China bereits zwei Kriege gegen westliche Mächte verloren, die eifrig dabei waren, sich auf chinesischem Territorium Einflussphären zu sichern. Der Kaiser ging mit diesen Katastrophen offenbar ähnlich um wie mit anderen Invasionen von Barbaren, die China letztlich immer dank seiner Standhaftigkeit und überlegenen Kultur überstanden hatte.

Für viele Jahrhunderte war diese chinesische Haltung gar nicht so wirklichkeitsfremd. Mit jeder neuen Generation hatten sich die Han-Chinesen von ihrer ursprünglichen Basis im Tal des Gelben Flusses weiter ausgedehnt und die benachbarten Gesellschaften in verschiedenen Stadien der Annäherung an die chinesischen Verhaltensmuster gewöhnt. Die wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften Chinas kamen den westeuropäischen, indischen oder arabischen durchaus gleich und übertrafen sie sogar häufig.¹¹

Nicht nur war China sowohl der Bevölkerung als auch dem Territorium nach traditionell viel größer als die europäischen Staaten, es war bis zur industriellen Revolution auch viel reicher. Durchzogen von einem gewaltigen Kanalsystem, das die großen Flüsse und Bevölkerungszentren miteinander verband, war es jahrhundertlang die produktivste Volkswirtschaft und die bevölkerungsreichste Handelsregion der Welt.¹² Da China jedoch fast gänzlich autark war, hatten andere Regionen nur ein diffuses Bild von seiner gewaltigen Größe und seinem Reichtum. Tatsächlich produzierte China in achtzehn der vergangenen zwanzig Jahrhunderte einen größeren Anteil des Gesamtbruttoinlandsprodukts der Welt als alle anderen Gesellschaften. Noch im Jahr 1820 produzierte es mehr als 30 Prozent des weltweiten BIP – also mehr als das BIP Westeuropas, Osteuropas und der Vereinigten Staaten zusammen.¹³

Westliche Beobachter, die China in der Frühmoderne kennenlernten, waren verblüfft über seine Vitalität und seinen materiellen Reichtum. Der französische Jesuit Jean-Baptiste Du Halde fasste die ehrfürchtigen Reaktionen westlicher Chinabesucher 1736 wie folgt zusammen: